



Badener Tagblatt



Cold Case im Aargau
Der Mord an einem
reichen Sonderling bleibt
voller Rätsel. **Region**

Dienstag, 9. April 2024

AZ 5001 Aarau | Nr. 82 | 29. Jahrgang | Fr. 4.50 badenertagblatt.ch

Bund verhindert Einsparungen in Millionenhöhe bei Heimkosten

Der Kanton Freiburg senkte Medikamentenkosten
in Heimen. Bis ihm der Bund ins Handwerk pfuschte.

Maja Briner

Mit einem 2002 eingeführten System gelang es dem Kanton Freiburg, die Medikamentenkosten in Alters- und Pflegeheimen zu senken. Vereinfacht gesagt, führten die Heime eine grosse Apotheke für alle Bewohnerinnen und Bewohner. Sie kauften also beispielsweise eine Grosspackung eines Schmerzmittels, statt jedem Patienten eine eigene kleine Schachtel auszuhändigen. Resultat: Die Medikamentenkosten betrugen 2016 noch 4.80 Franken pro Tag und Heimbewohner. Schweizweit waren es 8.55 Franken. Rund 3,3 Millionen Franken an Gesundheitskosten konnten so jährlich allein in diesem Bereich gespart werden. Das Modell hatte das Potenzial, in der ganzen Schweiz umgesetzt zu werden, sagt SP-Nationalrätin Barbara Gysi.

Änderung beim Risikoausgleich küllt Freiburger Modell

Aber 2018 brachte eine Änderung beim Risikoausgleich, der die Jagd nach gesunden Versicherten unterbinden soll, das Modell zu Fall. Seither müssen die Mengen der abgegebenen Medikamen-

te für jede versicherte Person gemeldet werden. Innerhalb des Freiburger Modells fand sich keine Umsetzung, die sowohl Versicherer als auch Leistungserbringer akzeptierten. Der Kanton Freiburg reichte in der Folge in Bern eine Standesinitiative ein, in der er eine Änderung der Gesetzesbestimmungen forderte, damit das Freiburger Modell wieder möglich ist. Der Nationalrat stimmte dem Vorstoss zu, aber dann kam der Ständerat: Mit 21 zu 20 versenkte der das Projekt in der Frühlingssession. Zünglein an der Waage spielte dabei die Mitte-Partei. Im Nationalrat hatte sie zusammen mit der SP und den Grünen den Vorstoss noch unterstützt. Im Ständerat aber half die Hälfte der Mitte-Ständeherren, dem Freiburger Vorstoss den Garaus zu machen. Ausgerechnet Vertreter jener Partei also, deren Kostenbremse-Initiative im Juni an die Urne kommt.

Erich Ettlín war einer der Mitte-Ständeräte, die sich gegen die Standesinitiative aussprachen. Er wehrt sich: Es brauche gar keine Gesetzesänderung. «Ein Ja zur Standesinitiative wäre nur Symbolpolitik gewesen», so der Obwaldner. **Schweiz**

Knall beim FC Baden: Trainer Michael Winsauer gibt Rücktritt bekannt



Michael Winsauer wird den FC Baden nach der Saison verlassen. Der Grund dafür ist nicht sportlicher Natur, viel eher hat der Österreichische Fussball-Bund dem Trainer einen Strich durch die Rechnung gemacht. **Aargauer Sport** Bild: Alexander Wagner

Deshalb haben es Politiker mit Migrationshintergrund schwer

Migranten Am Sonntag ist Mustafa Atici in die Basler Regierung gewählt worden. Es ist das erste Mal, dass ein Politiker mit Migrationshintergrund in die dortige Regierung einzieht. Der Kurde und SP-Politiker betont: Er wolle mehr politische Mitwirkung von Migrantinnen und Migranten. Und da gibt es national gesehen noch Arbeit. In der Politik sind Personen mit Migrationshintergrund prozentual deutlich weniger gut vertreten als in der Gesamtbevölkerung.

Das bestätigt die Forschung: Dass sie von der Wählerschaft weniger oft gewählt werden, ist ein Grund. Dass sie es bei den Parteien schwieriger haben, einen guten Listenplatz zu erhalten, ein

anderer. Die grossen Parteien haben unterschiedliche Rezepte und unternehmen unterschiedliche Anstrengungen, um die Situation zu verbessern. Im Nationalrat gibt es nur wenige Migranten, sie fühlen sich umso stärker gefordert: Sibel Arslan (Grüne/BS) und Nik Gugger (EVP/ZH) etwa setzen sich beide offensiv dafür ein, die Sichtbarkeit von Personen mit Migrationshintergrund zu erhöhen.

Das ist nicht immer einfach. Die frühere SVP-Nationalrätin Yvette Estermann sagt: «Es braucht schon viel Durchsetzungskraft, um in einem Land, in das man zugewandert ist, Politik zu machen.» **(chm) Schwerpunkt**

AEW-Beteiligungen: Regierungsrat hält trotz Kritik an Strategie fest

Energiepolitik Der Aargauer Regierungsrat will die AEW Energie AG in ihrer Geschäftstätigkeit nicht einschränken. Grossräte von SVP bis GLP fordern, dass sich das Energiedienstleistungsunternehmen, das zu 100 Prozent im Besitz des Kantons ist, auf sein Kerngeschäft konzentriert. Dies seien die Energie-Infrastruktur, die Energieverteilung und die Energieproduktion – nicht aber Car-Sharing oder Gebäudeautomation.

Per Motion sollen der AEW Energie AG Beteiligungen, die private Unternehmen konkurrenzieren, untersagt werden. Müssen – für einen langfristigen Investitionshorizont – andere

Arbeiten geleistet werden, so sollen Private diese erbringen.

Der Regierungsrat ist bereit, den Vorstoss als abgeschwächtes Postulat entgegenzunehmen und die Eigentümerstrategie der AEW Energie AG auch auf ihre Beteiligungen zu überprüfen. Die Motionäre aber wollen voraussichtlich an ihrem Anliegen festhalten. Die Aufgabe der AEW Energie AG sei die Stromversorgung – und nicht die Kasse des Kantons aufzubessern, sagt Motionär Gian von Planta (GLP). Bürgerliche planen bereits einen weiteren Vorstoss, der auch die anderen staatlichen Unternehmen auf ihre Beteiligungen hinprüfen will. **(eva) Region**

Mängel beim Aargauer Swisslos-Sportfonds

Prüfung Die kantonale Finanzkontrolle rügt das Departement Bildung, Kultur und Sport wegen der Verwendung von Geldern des Swisslos-Sportfonds. Das geht aus ihrem neusten Tätigkeitsbericht 2023 hervor. So sei es zu Kompetenzüberschreitungen gekommen. Zwei Beiträge hätten dem Regierungsrat vorgelegt werden müssen. Ein weiteres Problem sieht die Finanzkontrolle bei der Zuweisung der Geldmittel. Denn ein einziges Projekt habe etwa 80 Prozent des gesamten Budgets des Swisslos-Sportfonds ausgemacht. Dabei handelt es sich um die Sanierung der Sportanlage Tägerhard in Wettlingen. Der Beitrag belief sich auf 8,75 Millionen Franken. **(az) Region**